

Satzung

Inhalt

- §1 Name, Sitz, Geschäftsjahr
- §2 Zweck des Vereins
- §3 Mitgliedschaft
- §4 Mitgliedsbeiträge
- §5 Organe des Vereins
- §6 Vorstand
- §7 Zuständigkeit des Vorstands
- §8 Wahl und Amtsdauer des Vorstands
- §9 Sitzungen und Beschlüsse des Vorstands
- §10 Mitgliederversammlung
- §11 Einberufung der Mitgliederversammlung
- §12 Außerordentliche Mitgliederversammlung
- §13 Beschlussfassung der Mitgliederversammlung
- §14 Arbeitsgruppen
- §15 Geschäftsführer
- §16 Kassenprüfung
- §17 Auflösung des Vereins

§ 1

Name, Sitz, Geschäftsjahr

1.1

Der Verein führt den Namen „Verband des Pneumologischen Assistenzpersonals in Deutschland“. Er kann in das Vereinsregister eingetragen werden; nach der Eintragung lautet der Name „Verband des Pneumologischen Assistenzpersonals in Deutschland e. V.“.

1.2

Der Verein hat seinen Sitz in Heidenheim.

1.3

Das Geschäftsjahr des Vereins läuft vom 01.01. - 31.12. eines Kalenderjahres.

§ 2

Zweck des Vereins

2.1

Der Zweck des Vereins ist

- a. Vertretung der Interessen des medizinischen Assistenzpersonals in pneumologischen Versorgungseinrichtungen,
- b. Regelung und Förderung der Qualifikation des nichtärztlichen Assistenzpersonals in pneumologisch-medizinischen Einrichtungen
- c. Information der Mitglieder
- d. Auftreten als Partner im Gesundheitssystem

2.2

Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts "Steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung.

2.3

Der Verein ist selbstlos tätig; er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.

2.4

Mittel des Vereins, einschließlich etwaiger Gewinne, dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke des Vereins verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keine Gewinnanteile und keine sonstigen Zuwendungen aus den Mitteln des Vereins.

Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck des Vereins fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

§ 3

Mitgliedschaft

3.1

Die Mitglieder des Vereins können ordentliche Mitglieder, außerordentliche Mitglieder und Ehrenmitglieder sein.

3.2

Ordentliche Mitglieder des Vereins können grundsätzlich nur natürliche Personen werden, die in einer pneumologisch-medizinischen Versorgungseinrichtung einen medizinischen Assistenzberuf ausüben. Voraussetzung für den Erwerb der ordentlichen Mitgliedschaft ist ein schriftlicher Aufnahmeantrag, der an den Vorstand gerichtet werden soll. Der Vorstand entscheidet über den Aufnahmeantrag nach pflichtgemäßem Ermessen. Mit der Annahme des Aufnahmeantrages durch den Vorstand beginnt die Mitgliedschaft.

3.3

Außerordentliche Mitglieder können natürliche oder juristische Personen sein, die die Ziele des Vereins fördern, ohne die Voraussetzungen für den Erwerb der ordentlichen Mitgliedschaft zu erfüllen. Die Bestimmungen in vorstehender Ziffer 3.2 Sätze 2 bis 4 gelten entsprechend. Außerordentliche Mitglieder haben kein Stimmrecht.

3.4

Personen, die sich um die Ziele des Vereins besonders verdient gemacht haben, kann auf Vorschlag des Vorstands von der Mitgliederversammlung die Ehrenmitgliedschaft verliehen werden.

3.5

Mitglied des Vereins kann werden, wer das 18. Lebensjahr vollendet hat. Minderjährige können mit Zustimmung ihrer gesetzlichen Vertreter Mitglied werden.

3.6

Die Mitgliedschaft endet durch Tod, Ausschluss oder Austritt aus dem Verein.

3.7

Der Austritt erfolgt durch schriftliche Erklärung gegenüber dem Vorstand.

Der Austritt kann bis zum 31. Dezember des laufenden Geschäftsjahres erklärt werden.

3.8

Ein Mitglied kann aus dem Verein ausgeschlossen werden, wenn es schuldhaft in grober Weise die Interessen des Vereins verletzt. Über den Ausschluss beschließt der Vorstand des Vereins. Vor der Beschlussfassung muss der Vorstand dem Mitglied Gelegenheit zur mündlichen oder schriftlichen Stellungnahme geben. Der Beschluss des Vorstands ist schriftlich zu begründen und dem Mitglied zuzusenden. Gegen den Beschluss kann das Mitglied Einspruch an die Mitgliederversammlung einlegen. Der Einspruch ist innerhalb eines Monats nach Zugang des Beschlusses beim Vorstand einzulegen. Der Vorstand hat binnen eines Monats nach fristgemäßer Einlegung der Berufung eine Mitgliederversammlung einzuberufen, die abschließend über den Ausschluss entscheidet.

§ 4

Mitgliedsbeiträge

4.1

Von den ordentlichen und außerordentlichen Mitgliedern werden Jahresbeiträge erhoben. Zur Finanzierung besonderer Vorhaben oder zur Beseitigung finanzieller Schwierigkeiten des Vereins können Umlagen erhoben werden.

4.2

Die Höhe und Fälligkeit von Jahresbeiträgen und Umlagen werden durch Beschluss der Mitgliederversammlung festgesetzt.

4.3

Ehrenmitglieder sind von der Pflicht zur Zahlung von Beiträgen und Umlagen befreit.

4.4

Der Vorstand kann in geeigneten Fällen Beiträge und Umlagen ganz oder teilweise erlassen oder stunden.

§ 5

Organe des Vereins

Organe des Vereins sind der Vorstand und die Mitgliederversammlung.

§ 6

Vorstand

6.1

Der Vorstand des Vereins besteht aus dem Vorsitzenden, dem stellvertretenden Vorsitzenden sowie dem Schatzmeister, dem Schriftführer und drei Beisitzern. Den Vorstand wählt die Mitgliederversammlung.

6.2

Der Verband wird gerichtlich und außergerichtlich durch den Vorsitzenden und den stellvertretenden Vorsitzenden des Vorstandes vertreten. Jeder ist allein zur Vertretung berechtigt.

6.3

Der Vorstand wird vorbehaltlich der nachfolgenden Bestimmungen ehrenamtlich tätig. Jedes Vorstandsmitglied hat bei Vorlage entsprechend geeigneter Nachweise einen Anspruch auf Erstattung der notwendigen Auslagen und Spesen im Zusammenhang mit seiner Tätigkeit. Zusätzlich kann der Gesamtvorstand jedem Vorstandsmitglied eine Vergütung zubilligen, die für die Art und Umfang seiner Tätigkeit, insbesondere im Hinblick auf die Gemeinnützigkeit des Vereins, angemessen ist. Bei der Entscheidung über die Zubilligung der Vergütung ist das begünstigte Vorstandsmitglied vom Stimmrecht ausgeschlossen.

§ 7

Zuständigkeit des Vorstands

7.1

Der Vorstand ist für alle Angelegenheiten des Vereins zuständig, soweit sie nicht durch die Satzung der Mitgliederversammlung übertragen sind. Er hat insbesondere die folgenden Aufgaben:

- a. Vorbereitung und Einberufung der Mitgliederversammlung sowie Aufstellung der Tagesordnung;
- b. Ausführung von Beschlüssen der Mitgliederversammlung;
- c. Vorbereitung und Aufstellung des Haushaltsplans, Buchführung, Erstellung des Jahresberichts;
- d. Beschlussfassung über die Aufnahme von ordentlichen und außerordentlichen Mitgliedern;
- e. Öffentlichkeitsarbeit;
- f. Bestellung und Abberufung des Geschäftsführers. Zum Geschäftsführer kann auch ein Vorstandsmitglied bestellt werden.

7.2

In allen Angelegenheiten von besonderer Bedeutung hat der Vorstand eine Beschlussfassung durch die Mitgliederversammlung herbeizuführen. Dies gilt insbesondere für Maßnahmen, die den Verein mit Kosten von mehr als Euro 10.000 belasten und nicht in dem vom Vorstand aufgestellten und von der Mitgliederversammlung genehmigten Haushaltsplan vorgesehen sind.

7.3

Der Vorstand ist verpflichtet, zu sämtlichen Mitgliederversammlungen wenigstens zwei Vorstandsmitglieder zu entsenden.

§ 8

Wahl und Amtsdauer des Vorstands

8.1

Der Vorstand wird von der Mitgliederversammlung gewählt. Vorstandswahlen finden alle vier Jahre, gerechnet von der letzten Wahl an, statt. Die Vorstandsmitglieder bleiben aber in jedem Fall bis zur Wahl eines neuen Vorstandsmitglieds im Amt. Jedes Vorstandsmitglied ist einzeln zu wählen. Wiederwahl ist zulässig. Zu Vorstandsmitgliedern können nur ordentliche Mitglieder des Vereins gewählt werden. Mit der Beendigung der Mitgliedschaft im Verein endet auch das Amt eines Vorstandsmitglieds.

8.2

Scheidet ein Mitglied des Vorstandes vorzeitig aus, so kann der Vorstand für die restliche Amtsdauer des Ausgeschiedenen einen Nachfolger benennen, der auf der nächsten Mitgliederversammlung zur Wahl gestellt werden muss.

8.3

Einzelne Vorstandsmitglieder oder der Vorstand insgesamt können vorzeitig abberufen werden, wenn ein schriftlicher Misstrauensantrag vorliegt. Über die vorzeitige Abberufung beschließen die Mitglieder mit einer Mehrheit von 3/4 aller vorhandenen Stimmen.

§ 9

Sitzungen und Beschlüsse des Vorstands

9.1

Der Vorstand beschließt grundsätzlich in Sitzungen. Jährlich sind mindestens zwei Vorstandssitzungen durchzuführen. Die Vorstandssitzungen werden vom Vorsitzenden, bei dessen Verhinderung vom stellvertretenden Vorsitzenden, einberufen. Einladungen zu sämtlichen Vorstandssitzungen müssen spätestens zwei Wochen vor Sitzungsbeginn allen Vorstandsmitgliedern schriftlich oder elektronisch vorliegen. In der Einladung ist die Tagesordnung für die jeweilige Vorstandssitzung anzugeben.

9.2

Der Vorstand ist beschlussfähig, wenn die Mehrheit seiner Mitglieder, wovon eines der Vorsitzende oder sein Stellvertreter sein muss, anwesend ist. Bei der Beschlussfassung entscheidet die Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen; bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden, bei dessen Abwesenheit die des stellvertretenden Vorsitzenden.

9.3

Der Vorstand kann auch außerhalb von Sitzungen und insbesondere im schriftlichen Verfahren oder mittels moderner Telekommunikationsmittel beschließen, wenn alle Vorstandsmitglieder dem Gegenstand der Beschlussfassung zustimmen.

§ 10

Mitgliederversammlung

10.1

In der Mitgliederversammlung hat jedes persönlich anwesende Mitglied eine Stimme. Abwesende ordentliche Mitglieder können sich durch anwesende ordentliche Mitglieder mit einer schriftlichen Vollmacht vertreten lassen. Jeder Bevollmächtigte darf ein Mitglied vertreten.

10.2

Außerordentliche Mitglieder und Ehrenmitglieder haben kein Stimmrecht.

10.3

Die Mitgliederversammlung ist für folgende Angelegenheiten zuständig:

a. Entgegennahme des Jahresberichts des Vorstands; Genehmigung des vom Vorstand aufgestellten Haushaltsplans für das nächste Geschäftsjahr; Entlastung des Vorstands;

- b. Wahl und Abberufung der Mitglieder des Vorstands;
- c. Beschlussfassung über Änderungen der Satzung;
- d. Beschlussfassung über die Auflösung des Vereins sowie die zweckgebundene Verwendung des Vereinsvermögens;
- e. Verleihung der Ehrenmitgliedschaft;
- f. Beschlussfassung in sonstigen Angelegenheiten von besonderer Bedeutung auf Ersuchen des Vorstands (§ 7 Abs. 2 dieser Satzung);
- g. Festlegung der Mitgliedsbeiträge und Umlagen (§ 4 Abs. 2).
- h. Wahl des Kassenprüfers

§ 11

Einberufung der Mitgliederversammlung

11.1

Die Mitgliederversammlung findet mindestens einmal im Jahr statt. Sie wird vom Vorstand unter Einhaltung einer Frist von vier Wochen schriftlich oder elektronisch unter Angabe der Tagesordnung einberufen. Die Frist beginnt mit dem auf die Absendung des Einladungsschreibens folgenden Tag. Das Einladungsschreiben gilt dem Mitglied als zugegangen, wenn es an die letzte von dem Mitglied dem Verein schriftlich bekannt gegebene Adresse gerichtet ist. Die Tagesordnung setzt der Vorstand fest.

11.2

Jedes Mitglied kann bis spätestens zwei Wochen vor einer Mitgliederversammlung bei dem Vorstand schriftlich eine Ergänzung der Tagesordnung beantragen.

§ 12

Außerordentliche Mitgliederversammlung

Eine außerordentliche Mitgliederversammlung ist vom Vorstand einzuberufen, wenn dies das Interesse des Vereins erfordert oder 1/3 der Mitglieder dies schriftlich unter Angabe des Zwecks und der Gründe beantragt.

§ 13

Beschlussfassung der Mitgliederversammlung

13.1

Die Mitgliederversammlung wird vom Vorstandsvorsitzenden, bei dessen Verhinderung von seinem Stellvertreter oder einem anderen Vorstandsmitglied

geleitet. Ist kein Vorstandsmitglied anwesend, bestimmt die Versammlung den Versammlungsleiter. Bei Wahlen ist die Versammlungsleitung für die Dauer des Wahlgangs oder der vorhergehenden Diskussion einem Wahlausschuss zu übertragen.

13.2

Die Art der Abstimmung bestimmt der Versammlungsleiter. Die Abstimmung muss schriftlich durchgeführt werden, wenn 1/3 der erschienenen stimmberechtigten Mitglieder dies beantragt.

13.3

Die Mitgliederversammlung ist unabhängig von der Zahl der anwesenden Mitglieder beschlussfähig.

13.4

Die Mitgliederversammlung fasst Beschlüsse im Allgemeinen mit einfacher Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen; Stimmenthaltungen bleiben dabei außer Betracht. Zur Änderung der Satzung ist prinzipiell jedoch eine Mehrheit von 3/4 der abgegebenen gültigen Stimmen erforderlich; zur Auflösung des Vereins oder zur Änderung des Zwecks des Vereins eine solche von 9/10 der abgegebenen gültigen Stimmen.

13.5

Bei Wahlen ist gewählt, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhalten hat. Hat niemand mehr als die Hälfte der abgegebenen Stimmen erhalten, so findet zwischen den beiden Kandidaten, die die meisten Stimmen erhalten haben, eine Stichwahl statt. Gewählt ist dann derjenige, der die meisten Stimmen erhalten hat. Bei gleicher Stimmenzahl entscheidet das vom Wahlausschuss zu ziehende Los.

13.6

Über Beschlüsse der Mitgliederversammlung ist ein Protokoll aufzunehmen, das vom jeweiligen Versammlungsleiter und dem Protokollführer zu unterzeichnen ist.

§ 14

Arbeitsgruppen

14.1

Auf regionaler und überregionaler Ebene können Arbeitsgruppen/Projektgruppen konstituiert werden. Die Arbeits-/Projektgruppen unterstützen den Vorstand durch ihre Arbeit. Der Vorstand kann in gegenseitigem Einvernehmen mit den Arbeits-/Projektgruppen diesen einzelne Aufgaben zur eigenverantwortlichen Erledigung widerruflich übertragen.

14.2

Notwendige Kosten, die den Arbeitsgemeinschaften / Projektgruppen durch Porto, Kopien, etc. nachweislich entstehen, werden mit dem Schatzmeister innerhalb von vier Wochen abgerechnet. Wird diese Frist nicht eingehalten, ist eine Kostenerstattung nicht möglich. Zusätzlich kann der Gesamtvorstand Mitgliedern der Arbeitsgemeinschaften/ Projektgruppen, insbesondere, aber nicht ausschließlich den Arbeitsgemeinschafts- / Projektgruppenleitern/innen, eine Vergütung zubilligen, die für die Art und Umfang ihrer Tätigkeit, insbesondere im Hinblick auf die Gemeinnützigkeit des Vereins, angemessen ist.

§ 15

Geschäftsführer

15.1

Der Geschäftsführer führt die laufenden Geschäfte des Vereins. Der Geschäftsführer vertritt den Verband dabei aufgrund einer vom Vorstand zu erteilenden und jedenfalls auf den Bereich der laufenden Geschäftsführung beschränkten Vollmacht. Diese kann für den Bereich der laufenden Geschäftsführung die Alleinvertretungsberechtigung des Geschäftsführers vorsehen.

15.2

Der Vorstand kann eine Geschäftsordnung erlassen, die Einzelheiten der Geschäftsführung regelt.

15.3

Der Geschäftsführer ist in Angelegenheiten, die ihn selbst betreffen, auch dann nicht stimmberechtigt, wenn er Vereinsmitglied und / oder Mitglied des Vorstands ist.

§ 16

Kassenprüfung

Die Mitgliederversammlung wählt für die Dauer von einem Jahr eine/n Kassenprüfer/in. Diese/r darf nicht Mitglied des Vorstands sein. Wiederwahl ist zulässig.

§ 17

Auflösung des Vereins

17.1

Die Auflösung des Vereins kann nur mit einer Mehrheit von 9/10 der Stimmen aller Mitglieder beschlossen werden (§ 13 Abs. 4 dieser Satzung).

17.2

Falls die Mitgliederversammlung nichts anderes beschließt, sind der Vorsitzende und der stellvertretende Vorsitzende des Vorstands gemeinsam vertretungsberechtigte Liquidatoren.

17.3

Die vorstehenden Bestimmungen gelten entsprechend, wenn der Verein aus einem anderen Grund aufgelöst wird oder seine Rechtsfähigkeit verliert.

Die vorstehende Satzung wurde in der Gründungsversammlung vom 26.04.2009 in Berlin errichtet.